

73. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg



Vortrag und Diskussion mit Lothar Letsche

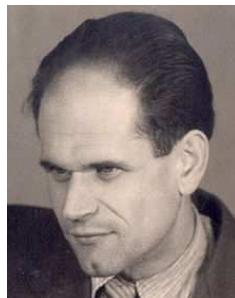
Gefangenen-Nummer 8955

Wie Curt Letsche (1912 - 2010) in Nazihaft den 8. Mai 1945 erlebte

8. Mai 2018

19.00 Uhr

ver.di-Haus Karlsruhe
Rüppurrerstr. 1a, 7. OG (Großer Saal)



Curt Letsche 1946

Kulturelle Begleitung

Michael Csaszkócy

mit Liedern von Verfolgung und Widerstand





Bild: Curt Letsche und Hans Gasparitsch (1918-2002) stellen am Rande einer Konferenz der VVN-BdA (ca. 1986) ihre Bücher über Begebenheiten aus dem anti-faschistischen Widerstand vor.

Curt Letsche, 1912 in Zürich geboren. Ab Herbst 1935 im Widerstand gegen das Naziregime. Gehörte zeitweise zu einer bündischen Widerstandsgruppe in Süddeutschland und hatte weitverzweigte Kontakte zu anderen Widerstandskreisen und Einzelpersonen. Am 28. Oktober 1940 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Im April 1945 in einen Zug gesetzt, um in das KZ Mauthausen gebracht zu werden, jedoch schließlich von der US-Armee befreit. Nach der Befreiung wirkte Curt Letsche zunächst als Verleger in Tübingen, Stuttgart-

Degerloch und Pforzheim. 1957 übersiedelte er in die DDR, wo er ab 1959 als freier Schriftsteller tätig war. Zu seinen Werken gehören Science-Fiction- und Kriminalromane sowie romanhafte Schilderungen vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die zum Teil auf eigenen Erlebnissen beruhen.

Lothar Letsche (geb. 1946) Übersetzer und Historiker, politisch und gewerkschaftlich aktiv in Tübingen. Opfer der Berufsverbote und Betreiber der Webseite www.berufsverbote.de.

Lothar Letsche berichtet über den Widerstand und die politische Verfolgung seines Vaters im NS-Staat und wird dabei auch seine eigenen Erfahrungen als Opfer der Berufsverbote einbringen. Er stellt die Berichte seines Vaters und ihre Entstehungsgeschichte vor und erzählt, wie die NS-Verfolgung sich auf die Familie auswirkte.

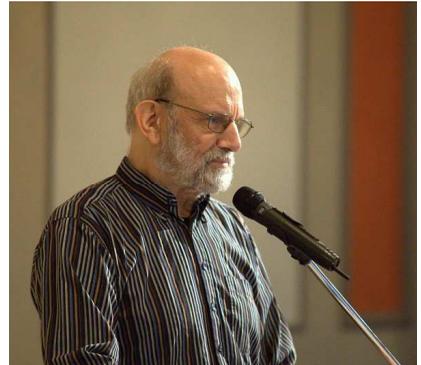


Bild: Lothar Letsche am 5. November 2017 bei der Matinee anlässlich der Gründung der VVN Württemberg-Hohenzollern vor 70 Jahren.



Bild: 2014 bei der Befreiungsfeier in Karlsruher Verdi-Haus

Michael Csaszkóczy, Realschullehrer und Antifaschist. Berufsverbot von 2004 bis 2007. Sein langjähriger Widerstand gegen das vom Land Baden-Württemberg ausgesprochene Berufsverbot war von Erfolg gekrönt. Der juristische Sieg war zugleich ein politischer Erfolg der Solidaritätsbewegung und ein Signal gegen die Versuche der Bundesländer Berufsverbote als Repressionsinstrumente einzusetzen.



Danke, Befreier!

Спасибо, освободители!

junge Welt Titel 8. Mai 2018 <https://www.jungewelt.de/artikel/332095.danke-befreier.html>

Der Sieg der Alliierten beendete den deutschen Faschismus. Doch die Bundesrepublik macht sich daran, das Rad der Geschichte zurückzudrehen *Von Roland Zschächner*



Erinnerung an Rotarmisten: Gedenkveranstaltung am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten am 9. Mai 2016

Foto: Markus Schreiber/AP Photo/picture alliance

Heute vor 73 Jahren unterzeichneten die Oberbefehlshaber der Hitlerwehrmacht im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Der Zweite Weltkrieg war damit in weiten Teilen Europas beendet. Und Deutschland befreit. Die nazistische Kriegsmaschinerie zum Stoppen gebracht hatten die alliierten Streitkräfte der USA, Großbritanniens und vor allem der Sowjetunion, die mehr als 27 Millionen Tote zu beklagen hatte.

Der Faschismus hat in Europa einen Trümmerhaufen hinterlassen. Mehr als 60 Millionen Menschen wurden ermordet, darunter mehr als sechs Millionen Juden. Der von Deutschland entfesselten Barbarei setzten viele Völker Widerstand entgegen. In nicht wenigen Ländern ist deswegen der 8. Mai – oder der in der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgerepubliken als »Tag des Sieges« begangene 9. Mai – ein Feiertag. Nicht so in der Bundesrepublik. Jenem Land, das sich als Nachfolgestaat des faschistischen Deutschlands erneut daran macht, Großmachtphantasien zu verfolgen.

In der Europäischen Union bedeutet die deutsche Dominanz die Unterwerfung der südeuropäischen Staaten. Diesmal schickt Berlin keine Panzer, sondern rollt mit seinen Handelsüberschüssen und dem Euro über die Länder hinweg. In Griechenland leben die Menschen seit acht Jahren unter einer neuen Besatzung. Die Mehrheit der Griechen ist verarmt, der Sozialstaat zerstört, die Suizidrate in die Höhe geschossen. Davon profitieren unter anderen deutsche Banken.

»Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«, heißt es in der »Todesfuge« des Holocaustüberlebenden Paul Celan. Die deutschen Rüstungskonzerne können dies mit einem Blick in ihre Bücher belegen. Wie damals verdienen sie auch

heute kräftig an den Morden in aller Welt mit. Und Rheinmetall oder Thyssen-Krupp können sich immer noch auf die schützende Hand der Regierung in Berlin verlassen. Waffen für Diktaturen wie Saudi-Arabien oder die Türkei werden im Sinne der Staatsräson genehmigt.

An insgesamt 13 Einsätzen ist die Bundeswehr weltweit beteiligt. In Afghanistan hat sie – ganz in der Tradition von Wehrmacht und SS – eine Blutspur hinterlassen. Erinnert sei an das von dem damaligen Oberst Georg Klein zu verantwortenden Massaker im Jahr 2009, das mehr als 140 Menschen das Leben kostete. Klein ist mittlerweile Brigadegeneral.

Wie eh und je gehört zum deutschen Imperialismus, sich den Osten untertan zu machen. Ein neuer, alter Feind wird von Berlin aus in die Zange genommen: Moskau soll sich unterordnen. Das Land und seine Rohstoffe sollen allein dem westlichen Kapital zur Verfügung stehen; keine Macht soll den weltweiten Interessen von BRD und USA im Weg stehen. Deswegen wurden NATO-Truppen – auch unter deutschem Befehl – an Russlands Westgrenze stationiert. Kritik aus Moskau daran wird gegen den Eingekreisten gewendet, um die eigenen Ambitionen zu verschleiern.

Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Faschismus haben in Deutschland kaum noch Bestand. Die Konfrontation mit Russland bedeutet ein Wachsen der Kriegsgefahr. Gleichzeitig sorgen rechte Kettenhunde mit Hetze gegen Flüchtlinge, behinderte Menschen oder Erwerbslose dafür, dumpfe Deutschtümelei wieder mehrheitsfähig zu machen. Die Profiteure von heute sitzen derweil in denselben Sesseln wie damals die Steigbügelhalter der Nazis. Ihrem Handeln ein Ende zu setzen gehört deshalb zum Vermächtnis derer, die Europa vor 73 Jahren befreiten.

Die Linke will die Befreiung vom deutschen Faschismus zum Gedenktag erklären. »Müssen uns für Frieden in Europa einsetzen«

Gespräch mit Gesine Löttsch Interview: Gitta Düperthal

Gesine Löttsch ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag

Foto: Martin Schutt/dpa

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
Gegründet 1947 - Dienstag, 8. Mai 2018,



Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag hat einen Antrag gestellt, den Tag der Befreiung als gesetzlichen Gedenktag einzurichten. CDU/CSU, SPD, FDP und AfD haben ihn abgelehnt, die Grünen haben sich enthalten. Warum ist es gerade jetzt wichtig, an die Befreiung vom Faschismus zu erinnern?

Wenn wir uns die Situation in der Welt aktuell anschauen, zeigt sich: Wir sind an vielen kriegerischen Auseinandersetzungen nah dran. Um in Europa künftig Frieden zu haben, reicht es nicht, ihn zu beschwören. Wir müssen uns aktiv dafür einsetzen. Wir befinden uns in einer Zeit der Hochturbulenz. Die Erhöhung des Etats für die Bundeswehr ist in der Debatte. Die Linke verwehrt sich dagegen. Die Beziehungen der Bundesregierung zu Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind insgesamt schlecht. Genau deshalb ist es wichtig, zu erinnern, welchen Anteil letztere an der Befreiung Deutschlands hatte. Es gilt ins Gedächtnis zu rufen, welche Gemeinsamkeiten es aufgrund der damaligen historischen Situation zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich gab. Es ging darum, Europa und Deutschland vom Faschismus zu befreien. Dieser Tag des 8. Mai sollte an unsere Verantwortung erinnern, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte, sowie die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zu verbessern.

Der 8. Mai ist zudem ein Tag der Mahnung, dass Antisemitismus und Rassismus auch heutzutage keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. Wie argumentieren die Gegner des Antrags?

Gern wird das Argument verwendet, wir hätten doch mit dem 27. Januar schon einen Erinnerungstag. Sicher ist dieser Tag, an dem die Rote Armee 1945 die Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz befreite, seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlicher Gedenktag, um so aller Opfer des deutschen Faschismus zu gedenken. Am 8. Mai aber ist es wichtig, zu erinnern, dass ein menschenverachtendes System der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten an diesem Tag beendet und die Schaffung einer neuen Friedensordnung ermöglicht wurde. Wie in jedem Jahr, wenn wir diesen Antrag erneut stellen, geht es unausgesprochen doch bloß darum, dass die Leistung der Roten Armee nicht gewürdigt werden soll. Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, welche Auseinandersetzungen es

vor der Eröffnung des neuen Reichstags 1999 gab: Als unter Leitung von Norman Foster der Umbau des Hauptsitzes des Deutschen Bundestags stattfand, waren die Inschriften dort zum Vorschein gekommen, darunter die Namen der russischen Befreier. Der Bundestag hatte damals richtigerweise abgestimmt, diese zu belassen. Es ist doch so: Hätte die Rote Armee Deutschland nicht befreit, würden im Bundestag heute keine freien und demokratisch gewählten Abgeordneten sitzen.

Warum haben die Grünen sich bei diesem Antrag enthalten?

Sie sind in dieser Frage augenscheinlich unentschlossen und schwanken. In Thüringen haben die Linken gemeinsam mit Grünen und der SPD den 8. Mai als landesweiten Gedenktag beschlossen. Offenbar wollen sie es aber auf Bundesebene vermeiden, sich in die Nähe der Linken zu stellen. Es scheint eine große Angst zu herrschen, sich positiv auf Russland zu beziehen, als Putin-Versteher zu gelten. Was völlig absurd ist, denn dieses historische Datum hat mit dem derzeitigen russischen Präsidenten nichts zu tun.

Sie haben den Antrag in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt ...

Wir werden ihn so lange stellen, bis wir erfolgreich sind: In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen ist der 8. Mai bereits ein gesetzlicher Gedenktag. In Berlin arbeiten wir daran. Spätestens dann ist es auch nicht mehr so einfach, sich auf Bundesebene dagegen zu positionieren.

Was erwarten Sie für den 8. Mai?

Die Bundesregierung hüllt sich in Schweigen, wenn es um diesen Tag geht, statt endlich zu verstehen, dass dieser Tag vor 73 Jahren ein Tag der Hoffnung und Zuversicht war. Dass es gilt, die Lehren daraus zu ziehen. Vielerorts wird es Gedenken geben. Zum Beispiel im Saal des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst in der Zwieseler Straße 4, wo im ehemaligen Offizierskasino am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet wurde. Von 1945 bis 1949 diente das Gebäude als Sitz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Zur Moskauer Zeit um Mitternacht, also hierzulande um 22 Uhr, wird es dort einen Toast auf den Frieden geben.